

Wirbel um die Zukunft der Herzchirurgie



Der Kanton Zürich hat für sein Herzzentrum offenbar «gut lobbyiert». Bild: key

BERN/ZÜRICH. Ab 2013 dürfen von den drei Spitälern in Zürich, Bern und Lausanne nur noch deren zwei Herzen transplantieren. Daher buhlen die Städte um Patienten. Zürich hat seine Position stark verbessert. Bern gerät ins Hintertreffen – und lässt Dampf ab.

MARCELLO ODERMATT

Noch geht es zwar ein Jahr, bis das zuständige Gremium der Gesundheitsdirektorenkonferenz der Kantone entscheidet. Doch der Streit zwischen Zürich, Bern und Lausanne um die Zukunft der Herztransplantation ist bereits im vollen Gang. Der Grund: Bern scheint plötzlich ins Hintertreffen zu geraten. Lausanne und insbesondere Zürich haben ihre Position verbessert. Künftig sollen nur noch an zwei Orten Herztransplantationen durchgeführt werden. Das beschlossen Bund und Kantone 2010. Damit sollen Kosten gespart und die Qualität verbessert werden. Für eine sinnvolle Logistik und trainiertes Personal ist eine minimale Fallzahl von Eingriffen nötig, was heute mit drei Zentren kaum gegeben ist.

Die umstrittenen Wartelisten

Die Fallzahlen pro Transplantationszentrum werden dabei den Entscheid, welche zwei Städte im Rennen bleiben, beeinflussen. Neusten Zahlen zufolge führten 2010 und 2011 Lausanne und Zürich mehr Herztransplantationen durch als Bern. Thierry Carrel, Chef der Herzchirurgie am Berner Inselspital, stellte in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag» diese Zahlen daher in Frage respektive die Wartelisten für Herztransplantationen. Er behauptete implizit, die Wartelisten, vorab jene in Lausanne, könnten geschönt sein, um für den Entscheid 2013 besser positioniert zu sein: «Mit mehr Patienten auf der Liste erhöht man statistisch gesehen die Chance, ein Spenderorgan zu erhalten», so Carrel. Patienten könnten früher als nötig auf die Warteliste gesetzt werden. Sein Fazit: «Wir erleben im Moment einen völlig unethischen Wettbewerb.» Weshalb, so fragte Carrel rhetorisch, habe Lausanne mit einem Einzugsgebiet von knapp zwei Millionen Einwohnern plötzlich fast so

viele Patienten auf der Warteliste wie Bern und Zürich zusammen?

In Zürich schüttelt man über Carrels Äusserungen den Kopf. Volkmar Falk, Direktor der Klinik für Herz- und Gefässchirurgie am Universitätsspital Zürich, findet die Diskussion über die Medien «unangemessen». Die Aussagen von Carrel lösen bei Falk gleichwohl Unverständnis aus: «Das ist völlig haltlos.» Das «Allokationsmodell» für die Verteilung der Organe habe Bern ja



selber mitgestaltet. Auch Zürich halte sich ganz klar an die Regeln. Die implizite Unterstellung, hier würden Zahlen aufgrund von nicht medizinischen Kriterien geschönt, sei «ungeheuerlich». Gegenüber der «Berner Zeitung» wehrten sich gestern auch das Westschweizer Transplantationszentrum in Lausanne und Swisstransplant, die Koordinationsstelle für Spenderorgane. Die Vorwürfe seien «falsch und schädlich», sagte Direktor Franz Immer.

Die Nervosität in Bern

Für Herzchirurg Falk ist klar, dass in Bern offenbar Angst vor dem Verlust der Herzmedizin herrscht. Ähnlich sieht es Regierungsrat Thomas Heini-

ger. Zu den Äusserungen von Carrel möchte sich der Zürcher Gesundheitsdirektor auf Anfrage zwar nicht im Detail äussern. Sie zeigten aber, so Heiniger, dass eine «gewisse Nervosität» ausgebrochen sei. Tatsächlich dürfte sich Carrel an der neusten Entwicklung vorab deshalb stören, weil bisher Bern, also das Inselspital, in früheren Vergleichen stets die Nase vorn hatte. 2010 kamen beim Entscheid von Bund und Kantonen Experten gar zum Schluss, die Konzentration der Eingriffe sollten in Bern und Lausanne stattfinden. Zürich hätte demnach verloren. Heiniger gelang es aber, bei der Abstimmung ein Patt herbeizuführen, um den definitiven Standortentscheid bis 2013 zu verzögern. Das Berner Inselspital focht den Entscheid vor Bundesgericht an, ist kürzlich aber damit abgeblitzt.

Heinigers «gutes Lobbying»

Die so gewonnene Zeit haben Lausanne und insbesondere Zürich genutzt. Sowohl für Heiniger wie auch für Falk ist klar, dass sich Zürich im Hinblick auf den Entscheid 2013 bezüglich Zahlen als auch bezüglich Qualität «sehr gut» (Falk) und «ausgezeichnet» (Heiniger) positioniert hat. Heiniger: «Wir sind auf gutem Weg, die Herztransplantation in Zürich behalten zu können.» So plant Zürich ein gemeinsames Zentrum für die Herzmedizin. Eingriffe im Universitätsspital und am Triemli sollen vereint werden. Für Heiniger ist der optimale Standort das Universitätsspital: «Dort ist am schnellsten eine Zusammenführung möglich.» Wenn dies erreicht werde, wäre dies ein «starkes Zeichen für eine kompetente und wirtschaftliche Herzmedizin».

Zudem hat Heiniger in den letzten Jahren ein «gutes Lobbying» betrieben, wie der Regierungsrat selbst einräumt. Sowohl Zug wie auch Luzern orientieren sich im Bereich der Spitzenmedizin verstärkt nach Zürich. Dasselbe tut neuerdings auch der Kanton Tessin. Der Südkanton arbeitet mit Zürich im Bereich der Kardiologie und der Herzchirurgie zusammen. Heinigers Fazit: «Es hat sich gelohnt, dass wir uns 2010 die Zeit erkämpft haben.»

IN KÜRZE

IV spart 100 Millionen

BERN. Die Betrugsbekämpfung der IV zahlt sich aus: Hochgerechnet rund 100 Millionen Franken konnte sie letztes Jahr einsparen, weil sie in 320 Fällen betrügerischen IV-Bezügern auf die Schliche kam. Berechnet werden die Einsparungen auf der Basis des durchschnittlichen Betrages einer IV-Rente und der Bezugsdauer bis zum Erreichen des AHV-Rentenalters.

Entscheid über Einheitskasse

BERN. Die Initiative für eine öffentliche Krankenkasse ist laut den Initianten mit 115 468 Unterschriften zustande gekommen. Ziel der Volksinitiative ist eine einzige Krankenkasse für die Grundversicherung. Hinter dem Begehren stehen linke Parteien sowie Patientenorganisationen. (sda)

ZAHL DES TAGES

100 000

Die Imker sind erschüttert: Rund die Hälfte der Bienenvölker in der Schweiz sind im letzten Winter eingegangen. Laut dem Zentrum für Bienenforschung der staatlichen Forschungsanstalt Agroscope waren dies 100 000 Völker. Das sei ein Rekord. Schuld am Bienensterben sei nicht die Kälte gewesen, sondern die parasitische Milbe Varroa destructor. Jetzt will Agroscope intensiver zum Thema Varroa forschen. (wä)

Die Schweiz bleibt eine Stiftungshochburg

ZÜRICH. Das Stiftungswesen in der Schweiz ist auch 2011 stark gewachsen. Mit insgesamt 12 715 gemeinnützigen Organisationen hat dieser Sektor einen neuen Rekordstand erreicht, wobei unklar bleibt, wie stark gemeinnützig er tatsächlich ist.

INTERVIEW: JANN LIENHART

Ihre Studie zeigt: Das Stiftungswesen in der Schweiz boomt weiter. Warum eigentlich? Lagern ausländische Bankkunden vermehrt ihr unbesteuertes Geld in Schweizer Stiftungen aus?

Beate Eckhardt, Geschäftsführerin SwissFoundations: Das garantiert nicht. Denn eine Stiftung nach schweizerischem Recht taugt überhaupt nicht zur Steuervermeidung. Dafür ist die Steuerersparnis zu gering und der Aufwand zu gross. Zudem hat in der Schweiz ein Stifter auch keinen Zugriff mehr auf das Stiftungskapital.

Warum dann dieses Wachstum? Im internationalen Vergleich weist die Schweiz ja die grösste Dichte an Stiftungen auf.

Dafür gibt es drei Gründe. Der Hauptgrund ist natürlich, dass in der Schweiz viel freies Kapital vorhanden ist. Dann ist es in der Schweiz aber auch sehr einfach, eine Stiftung zu gründen. Es gibt keine grossen juristischen Hürden zu

überwinden. Und schliesslich hat das Stiftungswesen in der Schweiz eine lange Tradition. Die älteste nach wie vor aktive Stiftung stammt aus dem Jahr 1354. Sie wurde zum Zweck der Unterstützung des Spitals in Bern gegründet.

Das Schweizer Stiftungswesen beruht ja auf einem Handel zwischen dem Stifter und dem Staat. Der Stifter verspricht ein Engagement für wohltätige Zwecke, dafür verzichtet der Staat auf eine Besteuerung. Geht dieser Deal für die Schweizer Zivilgesellschaft überhaupt auf? Schütten also die Stiftungen mehr Geld aus, als der Staat durch eine Besteuerung dieser Gelder eingetriben hätte?

Man vermutet, dass alle Schweizer Stiftungen zusammen im Jahr zwischen einer und zwei Milliarden Franken ausschütten. Das sind rund 2 Prozent des Bundeshaushaltes und damit auch deutlich mehr, als eine Besteuerung eingebracht hätte. Ich gehe auch davon aus, dass die Schweiz vom Wachstum profitiert. Erfahrungsgemäss sind nämlich die neu gegründeten Stiftungen besonders aktiv. Die Neugründungen sorgen dafür, dass die Ausschüttungen hoch bleiben.

Sie sagen, Sie vermuten. An der Intransparenz der Schweizerischen Stiftungen hat sich demnach nichts geändert.

Es gibt zahlreiche Bemühungen, die Transparenz zu erhöhen. Im Rahmen der Reformen der Stiftungsaufsicht wird es da hoffentlich die eine oder an-

dere Verbesserung geben. Das wäre auch für die Stiftungen selbst von Vorteil, wobei es nicht darum gehen kann, die gläserne Stiftung zu schaffen.

Sind Stiftungen eigentlich gesellschaftspolitisch noch vertretbar? Deren Zunahme ist ja nur ein Zeichen dafür, dass die Ungleichverteilung der Vermögen anwächst.

Die Frage nach der Legitimation ist tatsächlich heute ein heiss diskutiertes Thema. In den USA gibt es zum Beispiel die Diskussion, ob es legitim ist, dass reiche Leute mit dem Mittel der Stiftung bestimmen können, für was sie Steuern zahlen, während ein Normalbürger diese Freiheit nicht hat. Dieser

Frage muss sich auch das Stiftungswesen in der Schweiz zunehmend stellen.

Und? Stellt sie sich dieser Frage?

Für die Mitglieder unseres Verbands gilt das ganz eindeutig. Wir legen offen, was unsere Mitglieder genau machen, wie viel sie ausschütten und an wen. Damit stellen sie sich dieser Diskussion und legen gegenüber der Gesellschaft Rechenschaft ab. Ganz allgemein liegen im Stiftungswesen Selbstreflexion und Transparenz im Trend, wenn auch dieser Trend das Gros der rund 12 700 bestehenden Schweizer Stiftungen noch nicht erreicht hat.

Wie sieht die Zukunft der Schweizer Stiftungen aus? Geht der Höhenflug weiter?

Die Anzahl Neugründungen hat direkt mit dem Wirtschaftswachstum zu tun. Je stärker die Wirtschaft wächst, desto mehr Stiftungen werden auch gegründet. Dies wird wohl auch in Zukunft so sein. Die Stiftungen haben aber in den letzten Jahren Konkurrenz durch alternative Fördermodelle erhalten. So werden zum Beispiel vermehrt Gelder direkt in Projekte oder Firmen gesteckt. Ich gehe aber davon aus, dass diese Alternativen die Stiftungen nicht verdrängen werden.

SwissFoundations gibt zusammen mit den Universitäten Zürich und Basel jährlich den «Schweizer Stiftungsreport» heraus. SwissFoundations ist eine Vereinigung von 89 grösseren Schweizer Stiftungen, die jährlich rund 210 Millionen Franken ausschütten.

70 Milliarden Gesamtvermögen

2011 Jahr sind in der Schweiz laut dem gestern publizierten Stiftungsreport 374 neue Stiftungen gegründet worden (Vorjahr 508). Besonders viele Neugründungen gab es in den Kantonen Genf (+4,4 Prozent) und Zürich (+3,3 Prozent). Gemäss den Verfassern des Reports sind 2011 die Stiftungsvermögen auf insgesamt 70 Milliarden Franken angewachsen. Verlässliche Vergleichszahlen aus früheren Jahren gibt es nicht. (j)